Unheilige Allianzen: Was uns die Schwarzenbach-Abstimmung über die «Keine-10-Millionen-Schweiz»-Initiative lehrt

Pascal Keel
7th May 2026



Die Nachhaltigkeits-Initiative der SVP reiht sich in eine lange Liste an Anti-Immigrations-Vorlagen in der Schweizer Geschichte ein. An ihrem Ursprung steht die Überfremdungs-Initiative aus dem Jahr 1970. Diese wurde zwar mit 46 Prozent Nein-Stimmenanteil abgelehnt, in sieben Kantonen stimmte die Mehrheit aber dafür – so auch im Kanton Bern mit 52.1 Prozent Ja. Wie eine Analyse von Archivdaten zeigt, kam das damalige Ja dank einer «unheiligen Allianz» zwischen Landwirten und Industriearbeitern zu Stande. Könnte sich diese Dynamik am 14. Juni 2026 wiederholen?

Die anstehende Abstimmung zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» vom 14. Juni 2026 dürfte wegweisend für die Schweizer Migrationspolitik werden. Die Vorlage sieht drastische Massnahmen vor, falls die ständige Schweizer Wohnbevölkerung vor 2050 die 10-Millionen-Grenze zu überschreiten droht. Dazu gehört auch die Suspendierung der Personenfreizügigkeitsklausel in den bilateralen Verträgen mit der EU.

Die Initiative markiert einen weiteren Höhepunkt in der wiederkehrenden Debatte zur Migration in der Schweiz – und weist verblüffende Parallelen zu einem fundamentalen Kapitel der hiesigen direktdemokratischen Geschichte auf: der Überfremdungsinitiative von 1970, besser bekannt als Schwarzenbach-Initiative.

Benannt nach deren Initiator James Schwarzenbach, der für den Prototyp des frühen europäischen Rechtspopulismus steht, zielte die Initiative ebenfalls auf eine Obergrenze der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz ab und hätte zur Ausweisung von 300’000 Menschen geführt, darunter vor allem Gastarbeiter italienischer Herkunft. Neben der Darstellung von Ausländer*innen als Fremdkörper in der Schweizer Gesellschaft richtete sich Schwarzenbach im Abstimmungskampf ausserdem gegen die politischen und gewerkschaftlichen Eliten, welche die Schweiz durch ihre «grenzenlose Profitgier» im Rahmen des Saisonnier-Statuts an den Rand des identitären und wirtschaftlichen Abgrunds gebracht hätten.

Überfremdungsinitiative: Nationales Nein, Berner Ja

Trotz Nein-Parolen von Bundesrat, Parlament, Medien und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände stimmten 1970 knapp 46 Prozent der Schweizer – Frauen waren damals vom Stimm- und Wahlrecht noch ausgeschlossen – für die Initiative. In sieben Kantonen fand sie eine Mehrheit: Uri, Nidwalden, Obwalden, Luzern, Schwyz, Solothurn, Fribourg und Bern. Kaschiert vom nationalen Nein blieben die kantonalen Abstimmungsresultate jedoch bis heute empirisch unerforscht.

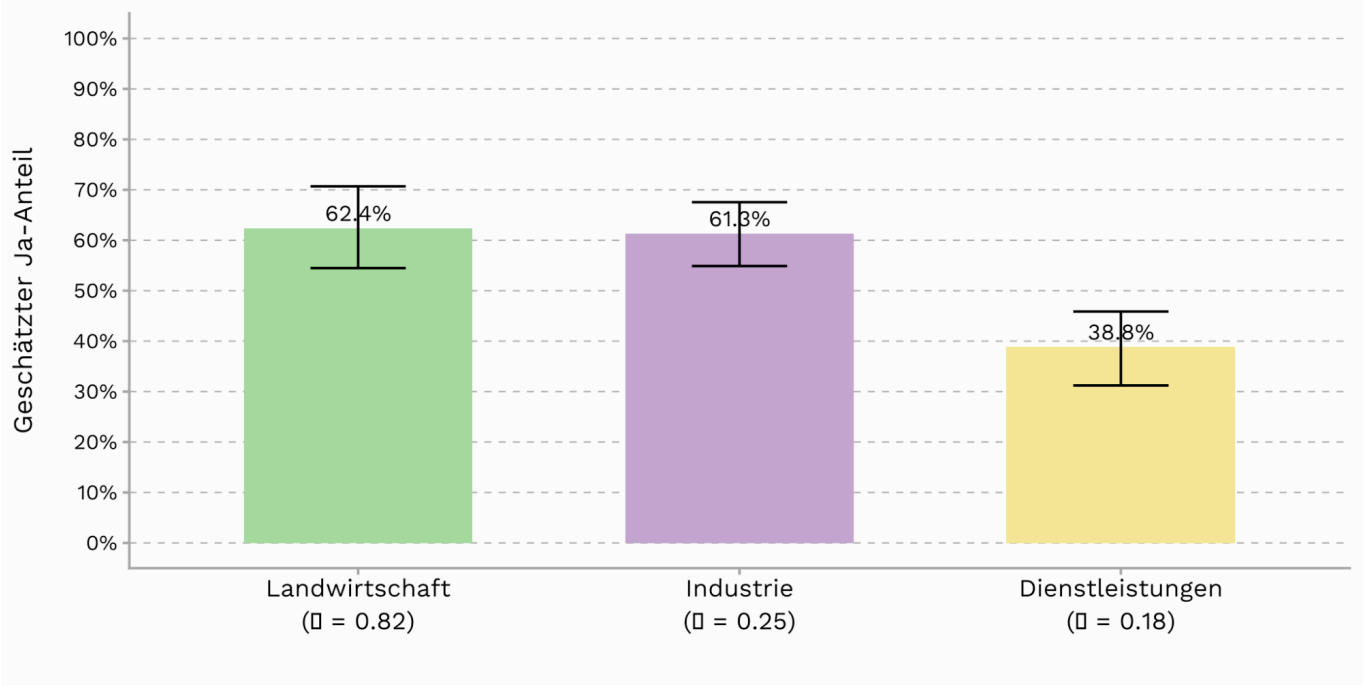
Breite Wählerkoalition durchkreuzte traditionelles Links-Rechts-Spektrum

Zeitgenossen machten die landwirtschaftliche Prägung dieser Kantone für die hohe Zustimmung zur Initiative verantwortlich (Der Bund 1970a). Doch gerade im demographisch diversen Kanton Bern, der die Initiaitive mit 52.1 Prozent Ja-Anteil annahm, machen kommunale Abstimmungsresultate deutlich, dass die Städte Bern, Burgdorf, Thun und Biel die Initiative ebenfalls guthiessen. Eine Analyse mit Abstimmungs- und Volkszählungsdaten von 371 Berner Gemeinden zeigt eine „unheilige“ Allianz zwischen Landwirtschaft und Industriestädte auf.

Die höchste Zustimmung zur Initiative lag bei Wählern, die im landwirtschaftlichen (primären) Sektor (62.4 Prozent Ja-Anteil) und im industriellen (sekundären) Sektor (61.3 Prozent Ja-Anteil) beschäftigt waren. Die Wählerschaft spaltete sich also entlang einer Modernisierungskonfliktlinie, welche die wirtschaftlichen „Verlierer“ der zunehmenden Globalisierung den „Gewinnern“ im Dienstleistungssektor (tertiärer Sektor, 38,8 Prozent Ja-Anteil) gegenüberstellte. Darüber hinaus

ging ein höherer Ausländer*innen-anteil in einer Gemeinde bei allen Sektoren mit einer höheren Zustimmung der Initiative einher, wobei dieser Effekt bei Landwirtschaftsarbeitern am ausgeprägtesten war.

Abb. 1: Stimmverhalten Überfremdungsinitiative 1970 nach Wirtschaftssektoren unter Berücksichtigung des Ausländeranteils in der Gemeinde.



Die Analyse basiert auf kommunalen Abstimmungs- und Volkszählungsdaten aus der swissvotes-Datenbank (2025) und dem Berner Staatsarchiv (Amt für Statistik Bern 1970) (N = 371). https://swissvotes.ch/vote/220.00

Berner Gewerkschaften tragen Mitverantwortung

Wie kam es, dass sich eine überwiegende Mehrheit der üblicherweise linkswählenden Arbeiterschaft mit rechtskonservativen Wählenden zusammenschloss (Buomberger 2004)? Eine qualitative Untersuchung historischer Quellen erklärt den zugrunde liegenden Mechanismus: Die Gewerkschaften und Sozialdemokraten hatten in den 1960er Jahren unbeabsichtigt den notwendigen nationalistischen Diskurs gefördert, indem sie den Begriff «Überfremdung» im Arbeitskontext salonfähig machten (Kleger et al. 1999). Als Schwarzenbach diese Narrative erfolgreich mit rechtsnationaler und anti-elitärer Rhetorik übernahm, wurden die Gewerkschaftsführer, die gezwungen waren, sich gegen die Maßnahme auszusprechen, von ihrer Basis als Teil der abgehobenen Elite wahrgenommen. Das Scheitern der Berner Arbeiterbewegung, sich vor und nach dem kantonalen Ja-Votum kritisch mit der Entfremdung zur Basis auseinanderzusetzen, unterstreicht die Tiefe dieses Grabens (siehe Der Bund 1970b).

Bern damals vs. Schweiz heute: Ein Déjà-vu?

So ähnlich die beiden Initiativen, so unterschiedlich die Ausgangslagen: Arbeiteten 1970 noch die meisten Schweizer*innen im Sekundärsektor, dominiert fünf Jahrzehnte später der Tertiärsektor den Arbeitsmarkt, womit Gewerkschaften politisch an Bedeutung verloren haben. Und obwohl die

Modernisierungskonfliktlinie auch bei der anstehenden Abstimmung eine wesentliche Rolle spielen wird, können Gewinner*innen und Verlierer*innen längst nicht mehr so klar entlang Arbeitssektoren kategorisiert werden.

Erste Umfragen zur Stimmabsicht am 14. Juni 2026 nennen Bildung und Parteizugehörigkeit als Hauptfaktoren – wenn auch die Berufstätigkeit selten erfasst wird. Gleichzeitig zeugen jüngste Abstimmungsergebnisse von einem beständigen Vertrauen in Bundesrat und Parlament in als unsicher wahrgenommenen Zeiten. Den Initianten könnte es daher schwerfallen, eine anti-elitäre Stimmung à la 1970 zu generieren.

Und dennoch verdeutlicht das Berner Ja zu Schwarzenbach aus dem Jahr 1970 die Macht von subjektiven Bedrohungsnarrativen, die Wähler*innen aus diversen, von den Folgen von Migration tangierten Gruppen mobilisieren können. Gelingt es dem Ja-Lager, in Zeiten zunehmender Migrationsskepsis den Bevölkerungszuwachs als Bedrohung für Schweizer Mieten, Wohlstand und Arbeitsplätze zu etablieren, können sich bis am 14. Juni erneut breite Allianzen bilden – wenn auch entlang neuer Konfliktlinien.

Hinweis: Der Beitrag fusst auf folgendem Working Paper: Keel, Pascal (2026). Coalition Dynamics in Switzerland's 1970 Anti-Immigration Initiative. SSRN.

Referenzen:

- Amt für Statistik Bern. Volkszählung Kanton Bern, 1970. Diverse Bände. Berner Staatsarchiv, BB 7.7.616–622.
- Bundeskanzlei. Eidgenössische Volksinitiative 'Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)'. 2026. https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis555t.html.
- Bundeskanzlei. Eidgenössische Volksinitiative 'Ueberfremdung'. 2026
- Buomberger, Thomas. Kampf gegen unerwünschte Fremde: Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher. Zürich: Rotpunktverlag, 2004.
- Der Bund. Umdenken in der Romandie. June 15, 1970a. Bundesarchiv Bern, E7170B#1977/67#1360*.
- Der Bund. Gegensätze mit Zusammenhängen. 1970b.
- Kleger, Heinz, Gaetano Romano, Roland Misteli. Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution: Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der 50er und 60er Jahre. Krise und sozialer Wandel, vol. 3. Zürich: Seismo, 1999.
- Sotomo. Kampagnenbefragung 10-Millionen-Schweiz. Zürich: 2026.
- Swissvotes. Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse. Universität Bern: 2025.

Bild: Zürcher Hochschule der Künste / Museum für Gestaltung Zürich / Plakatsammlung Restaurierung mit Unterstützung von: Freundeskreis Museum für Gestaltung Zürich